

## KOMPETENZEN | Kompetenzen der EU

Die EU als Zusammenschluss vieler Nationalstaaten befindet sich in einem ständigen Wandel. Dabei werden immer wieder Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen, die die Gestalt der Union nachhaltig verändern können. Nur ein Beispiel: Die EU kann Staaten aufnehmen oder Mitgliedstaaten können austreten (bisher hat das nur Großbritannien getan).

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten kann sehr eng oder weniger eng sein, sie kann auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen beruhen oder auf der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, z.B. im Bereich Handel und Binnenmarkt. Dabei ist immer zu berücksichtigen, dass verschiedene Faktoren die Einstellung eines Mitgliedstaates zur EU beeinflussen. Die eigene historische Entwicklung spielt dabei ebenso eine Rolle wie der wirtschaftliche Nutzen, den ein Staat aus der EU zieht. Auch der Zeitpunkt, zu dem ein Staat der EU beigetreten ist, beeinflusst die Position zur EU.

Die Vermittlung zwischen diesen divergierenden Interessen gestaltet sich gerade bei der Frage der Kompetenzerweiterung schwierig. Hier ist Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten gefordert. Nicht umsonst haben einige Länder immer wieder die Idee einer stärkeren Integration einiger weniger Mitgliedsstaaten vorgebracht - andere Staaten lehnen eine solche „Integration à la carte“ ab.

In welche Richtung sich die EU entwickelt, hängt also stark vom Kooperationsinteresse ihrer Mitgliedsstaaten ab. Wie geht es also weiter mit der EU?

### Schlagwörter für die Recherche

**Föderalismus – Nationalstaat**  
**Weißbuch zur Zukunft Europas**  
**Konferenz zur Zukunft Europas**

### Nützliche Links



Artikel aus der Süddeutschen Zeitung –  
EU-Zukunftskonferenz – Eine Konferenz,  
die Europa verändern will (2022)



Artikel von Deutsche Welle –  
Deutschlands Ziel: ein europäischer Bundesstaat  
(2022)

## KOMPETENZEN | Kompetenzerweiterung der EU

Wenn alle Mitgliedstaaten zustimmen, können der EU neue Kompetenzen übertragen werden. Das würde z.B. bedeuten, dass die Union dann auch im Bereich der Steuerpolitik Gesetze (sog. Verordnungen und Richtlinien) erlassen könnte. Bisher dürfen das nur die einzelnen Mitgliedstaaten für ihr eigenes Land. Über eine solche sogenannte Kompetenzerweiterung können nur die Mitgliedstaaten entscheiden.

Wenn über Kompetenzerweiterungen diskutiert wird, spielt immer auch die Diskussion über „Subsidiarität“ eine entscheidende Rolle. Das Subsidiaritätsprinzip soll in der Politik dafür sorgen, dass Entscheidungen möglichst effizient und bürgernah getroffen werden. Es besagt, dass eine höhere politische Ebene nur dann tätig wird, wenn die Kräfte der unteren Ebene nicht ausreichen, um ein Problem zu lösen. Im Falle der Digitalsteuer stellt sich die Frage, ob eine solche Steuer besser von den Mitgliedstaaten eingeführt werden sollte oder ob sie nur als Gemeinschaftsprojekt der EU wirksam sein kann.

### Schlagwörter für die Recherche

## EU Parlament Befugnisse – Subsidiarität Kompetenzerweiterung

### Nützliche Links



**Artikel von Fluter –**  
Und jetzt alle zusammen?  
Ein Streitgespräch (2021)



**Artikel der SWP –**  
Von der Zukunftskonferenz zur Reform  
der EU. Vier Lehren für eine Union, die  
wieder mit der Balance von Vertiefung  
und Erweiterung konfrontiert ist (2022)



**Statement vom Euro-  
päischen Parlament –**  
Parlament will drei  
neue Einnahmequellen  
für die EU (2022)



**Beitrag vom Euro-  
päischen Parlament –**  
Der langfristige EU-  
Haushalt einfach  
erklärt (2020)

## EU-MITGLIEDSTAATEN | Digitalsteuer

Zu den Grundpfeilern der Europäischen Union gehört, dass im EU-Binnenmarkt Waren und Dienstleistungen frei und ohne Zölle angeboten und empfangen werden können. Gewissermaßen als Kehrseite dieser Grundfreiheit müssen die EU-Mitgliedstaaten jedoch Zurückhaltung üben, wenn es darum geht, bestimmte Unternehmen oder Branchen finanziell zu unterstützen. Bis auf wenige zulässige Ausnahmen sind solche staatlichen Beihilfen nach EU-Recht verboten. Darüber wacht die EU-Kommission.

Die großen Digitalkonzerne wie z.B. Google, Amazon, Facebook oder Apple, die in der Online-Welt tätig sind, bieten ihre Dienstleistungen weltweit an. Steuern zahlen sie bisher aber nur in dem EU-Mitgliedstaat, in dem sie ihren Firmensitz haben. Aufgrund einer uneinheitlichen Steuerpolitik haben die großen Digitalkonzerne ihre Gewinne in EU-Ländern mit vergleichsweise niedrigen Steuersätzen abgerechnet und nicht in den Ländern versteuert, wo sie erwirtschaftet wurden. Dies ist ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen global agierenden traditionellen Unternehmen.

Irland: Facebook, Google, Apple – sie alle sind Weltkonzerne mit Milliardenumsätzen. Und sie alle haben Niederlassungen in Irland. Das liegt vor allem daran, dass der irische Staat den Technologie- und Internetriesen lukrative Steuervorteile bietet. Mit niedrigen Unternehmenssteuern hat Irland jahrelang viele Internetkonzerne und ihre Mitarbeiter:innen auf die Insel gebracht. Irland gilt als eine Art „Steuroase“ in der EU. So zahlte Apple 2014 in Irland einen Steuersatz von nur 0,005 Prozent, während einheimische Unternehmen bis zu 23 Prozent Umsatzsteuer zahlen mussten. (Steuer-) Gerechtigkeit sieht anders aus. Entsprechend hat jüngst auch die Europäische Kommission, die für Wettbewerbspolitik zuständig ist, eingegriffen. Die Kommission argumentiert, die Steuerpraxis von Apple entspreche nicht den EU-Regeln eines fairen Wettbewerbs. Deshalb soll Irland nun über einen Zeitraum von zehn Jahren 13 Milliarden Euro von Apple zurückfordern – Steuereinnahmen, die Irland gar nicht eintreiben möchte (siehe auch Link 2).

### Schlagwörter für die Recherche

Digitalsteuer – Umsatzsteuer  
Steuergerechtigkeit – Steuerdumping

### Nützliche Links



Beitrag von *Wirtschaft – simpleclub* –  
Umsatzsteuer und Vorsteuer - Grundbegriffe  
der Wirtschaft (2017)



Beitrag der *Tagesschau* –  
Irland und Apple gegen die EU (2020)

## WELTWEITE VORSCHLÄGE | Globale Mindeststeuer

### Vorbildfunktion – zunächst im Alleingang?

Um eine Digitalsteuer effektiv durchsetzen zu können, müsste sie im besten Fall weltweit gelten. Wenn sich die EU als Wirtschaftsraum auf eine Digitalsteuer einigt, hätte dies Strahlkraft für andere Länder und Regionen in der Welt, argumentieren die Befürworter:innen. Grundsätzlich sind sich die Mitgliedstaaten einig, dass eine Lösung für die Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle gefunden werden muss. Da jedoch kein Konsens darüber besteht, wie diese Lösung aussehen soll, besteht die Gefahr, dass der EU-Binnenmarkt auch zukünftig die Digitalsteuer nicht einheitlich reguliert.

Kritiker:innen argumentieren hingegen, dass ein europäischer Alleingang großen Schaden anrichten und die Wettbewerbsfähigkeit der EU gefährden könnte. Sie sagen, Europa brauche nicht immer neue Steuern, sondern mehr Impulse zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Ein international nicht abgestimmter Alleingang der EU bei der Digitalsteuer würde dem Wirtschaftsstandort Europa schaden. Zudem sei zu befürchten, dass eine Digitalsteuer als eine Art zweite Umsatzsteuer eingeführt wird, die nicht nur das Risiko internationaler Steuerstreitigkeiten erhöht, sondern auch zu einer Doppelbesteuerung mittelständischer Unternehmen führen könnte.

Während sich die EU-Mitgliedstaaten noch uneinig sind, ist Frankreich vorgeprescht und hat 2020 eine Digitalsteuer verabschiedet – als erstes Land in der EU. Wer Milliarden in der EU verdiene, müsse dafür Steuern zahlen, das hat der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire immer wieder betont und plädiert damit für EU-weite Steuergerechtigkeit.

### Schlagwörter für die Recherche

**Wettbewerbsfähigkeit – Steuergerechtigkeit**  
**Steuerreform – Globaler Mindeststeuersatz**

### Nützliche Links



**Beitrag vom Bayerischen Rundfunk** – Das Ende der Steueroasen? Ein Gespräch mit Prof. Dr. Johanna Hey (2022)



**Statement vom Rat der Europäischen Union** – Internationale Besteuerung: Rat erzielt Einigung über Mindestbesteuerung der größten Unternehmen (2022)



**Artikel von der Tageschau** – Kampagne von EU-Parlamentariern. Globale Steuer für Ultrareiche gefordert (2023)



**Artikel von der Tageschau** – Multinationale Konzerne - Hürden auf dem Weg zur globalen Mindeststeuer (2023)

## EU-DIGITALPOLITIK | Ziele

### Daten – Das Gold des 21. Jahrhunderts?

Bürger:innen, Unternehmen und Regierungen in der Europäischen Union sind sich darüber einig, dass jede:r die Freiheit haben sollte, sein oder ihr Leben zu leben und Technologien zu nutzen, ohne sich Sorgen um Datensicherheit und Datenmissbrauch durch Kriminelle oder Hacker machen zu müssen. Leider sieht die Realität oft anders aus. Cyber-Bedrohungen werden immer aggressiver und für die Betroffenen immer kostspieliger. So untergräbt die Gefahrenlage im Netz das Vertrauen, das für eine lebendige und integrative digitale Gesellschaft unerlässlich ist. Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hat die Europäische Kommission die Sicherheit in den Mittelpunkt ihrer Vision für die digitale Transformation gestellt.

Was im Goldrausch früherer Jahrhunderte das Schürfen war, sind heute Big-Data-Analysenmethoden. Gleichzeitig haben Cyber-Angriffe stark zugenommen. Mit neuen Trends wie Big Data, dem Internet der Dinge und der Industrie 4.0 bieten sich immer mehr Möglichkeiten, sensible Daten der Menschen abzugreifen und in die digitale Organisation ihres Lebens einzugreifen. Das bedeutet auch: Sicherheitsbedrohungen könnten in Zukunft enorme Auswirkungen haben, gerade in Bereichen wie der digitalisierten Medizin und Infrastruktur. Daher ist es notwendig, die IT-Sicherheit parallel zur Digitalisierung weiterzuentwickeln.

Befürworter:innen einer Digitalsteuer argumentieren auch in puncto Sicherheit: Wer mit den Daten der Nutzer:innen Geld verdient, soll dafür auch zur Kasse gebeten werden. Konkret geht es um eine Abgabe auf Online-Werbeinnahmen, auf den Verkauf von Nutzer:innendaten und auf die Nutzung von Nutzer:innendaten, mit denen Dritte in Geschäftsbeziehung gebracht werden, z.B. durch die Vermittlung von Reisen oder Ferienhäusern. Das eigenommene Geld kann auch genutzt werden, um das Internet für alle sicherer zu machen. Kritiker:innen warnen hingegen, dass sich immer auch für Innovationen in Sicherheitsaspekten eingesetzt werden muss.

### Schlagwörter für die Recherche

## Datensicherheit – Cyber-Angriffe – DSGVO

### Nützliche Links



Erklärvideo von Explainity –  
EU-Datenschutzgrundverordnung einfach erklärt (2018)



Beitrag von der Tagesschau –  
Cyberattacken nehmen weiter zu (2022)

## EU-STEUERPOLITIK | Ziele

### Steuerskandalen einen Riegel vorschieben

Da die Steuerhoheit bei den Mitgliedstaaten liegt, hat die EU in diesem Bereich nur begrenzte Kompetenzen. Es liegt nach wie vor in den Händen der Mitgliedstaaten, Steuern einzuführen, abzuschaffen oder anzupassen. Jeder Mitgliedstaat ist frei in der Wahl seines Steuersystems. Steuerliche Maßnahmen auf europäischer Ebene müssen von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden.

Ziel der Steuerpolitik der Europäischen Union ist das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes. Die Steuerpolitik der Union konzentriert sich daher auf die Beseitigung steuerlich bedingter Hindernisse für die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit, die Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs und der Steuerhinterziehung sowie die Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen zur Gewährleistung von Kontrollen und zur Betrugsbekämpfung. Darüber hinaus wird daran gearbeitet, die Besteuerung von Unternehmen in der EU fairer zu gestalten und besser an die moderne und digitale Wirtschaft im Binnenmarkt anzupassen.

Steuerskandale und journalistische Enthüllungen zu Steueroasen haben in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt: Durch Steuervermeidung entgeht vielen Staaten viel Geld. Expert:innen schätzen die jährlichen Verluste weltweit auf 200 Milliarden US-Dollar. Ein Grund: Global agierende Unternehmen können relativ frei wählen, wo sie ihre Steuern zahlen. Bisher muss ein Unternehmen seine Gewinne in dem Land versteuern, in dem es seinen Sitz hat. Gerade für Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen sind Niedrigsteuerländer als Firmensitz daher sehr beliebt. So können sie ihr Vermögen, das meist aus Software, Daten und Lizenzen besteht, leicht in Steueroasen verlegen und von dort aus Nutzer:innen auf der ganzen Welt mit ihren digitalen Dienstleistungen bedienen – zum steuerlichen Minimaltarif.

### Schlagwörter für die Recherche

## Steuerskandal – Steuervermeidung

### Nützliche Links



**Beitrag vom WELT Nachrichtensender –  
STEUERHINTERZIEHUNG: EU-Fiskus verliert  
jährlich knapp 825 Milliarden Euro (2019)**



**Statement des Europäischen Parlaments –  
Steuerpolitik: EU-Lösungen zur Verhinderung von  
Steuerbetrug und Steuervermeidung (2021)**